DEUTSCHE VEREINIGUNG FÜR POLITISCHE BILDUNG E.V.

gegr. 1965

Verband für Politische Bildung in Schule, Hochschule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung
Landesverband Niedersachsen

D V P B

Dr. Moritz Peter Haarmann
Landesvorsitzender
moritz.haarmann@dvpb-nds.de

DVPB e.V.
Landesverband Niedersachsen
Callinstr. 22
30167 Hannover

DVPB Niedersachsen – Callinstr. 22 – 30167 Hannover

Stellungnahme zum Eckpunktepapier zur Neugestaltung der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe

Zusammenfassung

Die geplante Neugestaltung der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe sieht u. a. vor, Politik-Wirtschaft nicht mehr als verpflichtendes Unterrichtsfach zu führen. Schülerinnen und Schüler, die das Fach in der Einführungsphase nicht mehr belegen, würden folglich nur noch in vier ihrer neun Schuljahre am Gymnasium Politikunterricht genießen. Für die Politische Bildung der Lernenden und in der Folge für die Vitalität und Resilienz unserer demokratischen Gesellschaft wäre dies verhängnisvoll. Deshalb fordert der niedersächsische Landesverband der DVPB das Kultusministerium nachdrücklich dazu auf, das Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft auch weiterhin als Pflichtfach der gymnasialen Oberstufe zu belassen.

Landesvorstand DVPB Niedersachsen

Dr. Moritz Peter Haarmann
(Landesvorsitzender)

Theresa Bechtel
(zweite Landesvorsitzende)

Michael Nagel
(zweiter Landesvorsitzender)

Mirko Truscelli
(Geschäftsführer)

Felix Troschier
(Schatzmeister)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der niedersächsische Landesverband der DVPB begrüßt ausdrücklich den erklärten Willen des Niedersächsischen Kultusministeriums, im Rahmen der aktuellen Oberstufenreform die gymnasiale Oberstufe stärker an den individuellen Bedarfen der Schülerinnen und Schüler auszurichten und ihnen mehr Flexibilität und Freiräume zu ermöglichen. Diese Zielsetzung, die eine stärkere Eigenverantwortung und Profilbildung der Lernenden vorsieht, ist aus unserer Sicht ein wichtiger und zeitgemäßer Ansatz.

Allerdings sehen wir mit großer Sorge, dass diese Flexibilisierung ausgerechnet zu einer Schwächung des für unsere demokratische Gesellschaft unverzichtbaren Faches Politik-Wirtschaft führen könnte. Die Absicht, Politik-Wirtschaft in der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe nicht mehr als verpflichtendes Unterrichtsfach zu führen, sondern es ausschließlich in die Wahlpflichtbereiche zu überführen, lehnt die DVPB entschieden ab.

Gerade in einer Zeit gesellschaftlicher Diskursverschiebungen nach rechts außen, zunehmender wirtschaftlicher Unsicherheiten und wachsender Bedrohungen durch rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure ist eine solide Politische Bildung für

alle Schülerinnen und Schüler unverzichtbar. Politik-Wirtschaft muss dabei einen zentralen Platz in der gymnasialen Oberstufe einnehmen — und zwar als verpflichtendes Unterrichtsfach in der Einführungsphase!

Die geplante Überführung des Faches in einen der beiden Wahlpflichtbereiche birgt die konkrete Gefahr, dass Schülerinnen und Schüler Politik-Wirtschaft in der Einführungsphase nicht mehr belegen und es folglich auch nicht mehr als Prüfungsfach in der Qualifikationsphase wählen können. Dies steht im Widerspruch zu der von Ihnen formulierten Intention, durch Flexibilisierung mehr Wahlmöglichkeiten zu schaffen — denn de facto bedeutet diese Regelung für zahlreiche Lernende eine Einschränkung, nicht eine Erweiterung ihrer Optionen.

An den Integrierten Gesamtschulen (IGS) ist die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der erste Zeitpunkt, an dem das Fach Politik-Wirtschaft eigenständig unterrichtet wird. Bis dahin findet Politisch-ökonomische Bildung dort im Rahmen der Fächer Gesellschaftslehre und Arbeit-Wirtschaft-Technik statt. Wird Politik-Wirtschaft nun in den Wahlpflichtbereich verschoben, besteht die Gefahr, dass viele Schülerinnen und Schüler diesen wichtigen Erstkontakt nicht erhalten und das Fach folglich auch nicht in der Qualifikationsphase belegen können. Das hätte fatale Folgen für die politische Allgemeinbildung und die Demokratiefähigkeit der kommenden Generationen.

Die DVPB fordert daher nachdrücklich, das Fach Politik-Wirtschaft in der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe als Pflichtfach für alle Schülerinnen und Schüler zu erhalten. Nur so kann sichergestellt werden, dass eine fundierte politische und ökonomische Grundbildung als Vorbereitung auf die Qualifikationsphase und das Abitur gewährleistet bleibt. Wie unser Verband an anderer Stelle problematisiert hat, fehlt an niedersächsischen Gymnasien bereits für die Schuljahrgänge 5 bis 7 ein Unterrichtsfach der Politischen Bildung. **Die geplante Neuregelung der Oberstufe würde darauf hinauslaufen, dass einige Schülerinnen und Schüler weniger als die Hälfte ihrer Gymnasialzeit Politikunterricht genießen würden.**

Wir appellieren an das Kultusministerium, die in den schulfachlichen Eckpunkten formulierten Flexibilisierungsansätze nicht auf Kosten der Politischen Bildung umzusetzen. Politische Bildung ist kein verzichtbares Wahlangebot, sondern ein konstitutives Element einer pluralen und wehrhaften Gesellschaft!